

Hingegen ein Wahlrecht, das eine allgemeine Entrechtung ganz breiter Schichten der Gesellschaft ausdrückt, das sie politisch außerhalb des Rahmens der Gesellschaft stellt, während

es für sie wirtschaftlich innerhalb ihres Rahmens selbst einen Platz zu schaffen imstande ist, eine Entrechtung nicht als konkrete Maßnahme zu einem konkreten Zweck, sondern als allgemeine Regel von dauernder Wirkung, das ist nicht eine Notwendigkeit der Diktatur, sondern eine lebensunfähige Improvisation.

Für falsch erklärt die Verfasserin auch die These Lenins, daß die Diktatur des Proletariats eine einfache Umkehrung der Unterdrückung des Proletariats durch die Bourgeoisie in eine Unterdrückung der Bourgeoisie durch das Proletariat sei. Lenin überliebt, daß die bürgerliche Klassenherrschaft keine politische Schulung und Erziehung der ganzen Volksmasse braucht, ohne die die Herrschaft des Proletariats nicht zu ergreifen vermag. Aber Trotzki und Lenin haben durch Erdrückung des öffentlichen Lebens die Quelle der politischen Erfahrung und das Steigen der Entwicklung verstopft. Politische Schulung der Massen, so fährt Rosa Luxemburg fort, ist ohne politische Freiheit nicht möglich. Aber:

Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei — mögen sie noch so zahlreich sein — ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit des anders Denkenden. Nicht wegen des Fanatismus der „Berechtigten“, sondern weil all das Belehrende, Heißende und Reinigende der politischen Freiheit an diesem Wesen hängt und seine Wirkung verliert, wenn die „Freiheit“ zum Privilegium wird.

Ebenso richtig erkennt Rosa Luxemburg, daß man durch Dekrete und Gewaltmaßnahmen nur die Hindernisse des Sozialismus beseitigen, aber nicht den Sozialismus aufbauen kann:

Das Negative, den Abbau, kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive, nicht.

Auch die Versicherung, daß die Demokratie wieder eingeführt werden solle, wenn erst der Sozialismus reiflos verwirklicht sei (in Rußland sieht man noch heute nichts davon), vermag Rosa Luxemburg nicht zu befriedigen. Sie schreibt:

Sozialistische Demokratie beginnt nicht erst im gesobten Lande, wenn der Unterbau der sozialistischen Wirtschaft geschaffen ist, als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk, das inzwischen treu die Handvoll sozialistischer Diktatoren unterstützt hat. Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus. Sie beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.

Damit zerstört Rosa Luxemburg auch die Brücke, die sich gewisse Unzufriedenheiten des unabhängigen Lagers, wie etwa Crispian, zwischen Demokratie und Diktatur gebaut haben. Das Leipziger Programm der U.S.P. sagt bekanntlich die Diktatur als Übergangsstadium auf, das später durch die Demokratie ersetzt werden soll. In den Sätzen Rosa Luxemburgs findet sich klar ausgesprochen, daß dieses Programm auf falscher Denkweise beruht. Tatsächlich ist das ganze Diktaturprogramm der U.S.P. weniger aus innerer Überzeugung als aus agitatorischen Gründen, aus Furcht vor der kommunistischen Konkurrenz entstanden. Hatte auch Ledebour auf dem Gothaer Parteitag von 1917 ausgesprochen: „Wir sind Demokraten. Wir suchen die Demokratie in Staat und Gesellschaft herbeizuführen... Wenn wir aus irgend einem Grunde den Parlamentarismus heute abschaffen, morgen müssen wir ihn wieder einführen.“

Die U.S.P. steht vor einem neuen Leipziger Parteitag. Von den Eberlein-Kommunisten erwarten wir keine innere Belehrung. Aber die Unabhängigen sollten sich geschehen, daß sie unter der Revolutionspsychose zeitweilig falsche Bahnen eingeschlagen haben, die noch wenige Monate vor der Revolution im Zustand nüchternen Denkens selbst von so radikalen Politikern wie Rosa Luxemburg und Georg Ledebour auf das entschiedenste verworfen worden sind.

Verbot der „Pippischen Landeszeitung“. Die „Pippische Landeszeitung“ wurde vom belgischen Kommandeur in Düsseldorf auf drei Monate verboten.

Arbeiterparteien und Sängerbund.

Wenn irgendwo in der Arbeiterkraft eine festliche Veranstaltung geplant wird, so erhebt sich die Frage nach einer stimmungsvollen und würdigen Umrahmung der eigentlichen Feier. Dann erinnert man sich an die große, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangene Musikabteilung, die aus eigenen Kräften vorwärtstreibend sich bemüht, zur Hebung der Kultur des Proletariats beizutragen. Dies ist der alten Belser bekannten „Deutsche Arbeiter-Sängerbund“, dessen Entstehen aufs engste mit den seelischen und materiellen Kämpfen der jungen Parteibewegung zusammenhängt.

Die ersten Arbeitergesangsvereine waren ausgesprochen politische Vereine, die die niedergedrückte Masse der Klassenknechte seelisch erheben, mit neuer Kraft erfüllen wollten. In der Zeit des Sozialistengesetzes sitzen auch diese tapferen Verfechter ihrer Weltanschauung, aber auch sie überstanden es, die Bewegung erlosche, das künstlerisch geistige Niveau und die Zahl der Mitglieder stieg. 1894 zählte man fast 20 000 Mitglieder, 1904 über 60 000, 1914 über 100 000. Nach dem Rückschlag durch den Krieg und durch die Revolution zählen wir heute über 200 000 singende Arbeiter. Hier wird aufs Ernsteste unter Opfern persönlicher Art gearbeitet. Das Tendenzlied, das die Massen entkommen soll, und das Volklied werden gepflegt. Große eigene Konzerte unterer bedeutsamen Chöre mit und ohne Orchester, sowie Mitwirkung bei allen Festen der Arbeiterkraft haben oft genug die Leistungsfähigkeit unserer Arbeitergesangsvereine gezeigt. Was man im einzelnen auch zugeben, daß vieles reformbedürftig ist, A. B. unsere Tendenzlieder, die alles andere als revolutionäre Musik sind, so muß man sich doch bewußt sein, welche Rolle im Gefühlsleben unserer Bewegung der Chorgesang spielt. Man streiche aus unseren festlichen Veranstaltungen, die der Erhebung der Arbeiterkraft gelten, unsere Chormusik weg, wie dürftig, wie nüchtern sehen dann diese Programme aus!

Erkennen die Arbeiterparteien die Bedeutung dieser Leistung? Immer wieder beklagen sich die innerhalb der Sanngesbewegung Tätigen über die Interesselosigkeit, über das mangelnde Eingehen auf ihre Wünsche seitens führender Persönlichkeiten in der Arbeiterbewegung und in deren Presse. Und auf der anderen Seite klagt man über die großen Ansprüche, die der Arbeiter-Sängerbund stellt. Wenn man auch ohne weiteres zugeben kann, daß häufig die Leistung nicht im Verhältnis zu dem Anspruchsvollen Auftreten mancher von sich durchdrungenen Vertreter des Arbeitergesanges steht, so muß man anerkennen, daß die idealen Werte dieser Bewegung zu gering geschätzt werden. Wie ein Lohnkampf sich in zahlendunfähigem Gewinn ausdehnt, ist jedem klar. Wie aber eine seelische Erhebung die innere Leistungsfähigkeit fördert, das ist nicht meßbar und nicht meßbar. Und ist doch so wichtig, was alle das Seelenleben steigenden Werte. Es ist nötig, daß unsere Parteifunktionäre sich erinnern, daß der Mensch nicht nur eine Maschine ist, die mit einem gewissen Mindestmaß von Brennstoff geheizt, das Höchstmaß von Arbeit produzieren soll. Nein, in seiner Seele Grundtätigkeiten, die alle seine Leistungen in die Höhe treiben können. Eine der wichtigsten ist die Musik, der Gesang.

Einstmals war Volksmusik Bestandteil der Kultur unseres Volkes; heute leben breite Massen darin nur ein Plätschergeräusch.

Einigung und U.S.P.

In der „Freiheit“ werden heute die Anträge veröffentlicht, die von den Organisationen der U.S.P. zu ihrem Leipziger Parteitag gestellt werden. Nicht weniger als 14 dieser Anträge beschäftigen sich mit der Koalitionspolitik und stellen in mehr oder minder scharfer Form die bekannte Abneigung der Unabhängigen gegen eine positive Arbeit innerhalb einer Koalitionsregierung noch einmal fest.

Andere Anträge beschäftigen sich mit der Frage der proletarischen Einigung. So beantragt z. B. der Bezirksverband Berlin-Brandenburg:

Der Parteitag erkennt die idealen Beweggründe an, die in den Bestrebungen liegen, die politischen Parteien des Proletariats zu einigen. Auch die praktische Bedeutung einer geeinigten proletarischen Partei ist außerordentlich groß, da den Gegnern der Arbeiterinteressen die geschlossene Front der klassenbewußten Arbeiterschaft gegenüberstellen kann. Um aber Erfolg in einem solchen Kampf zu erzielen, bleibt die äußere Form der Einheit wirkungslos, wenn über die Grundsätze und Taktik innere Gegensätze vorhanden sind. Ja, es steht zu befürchten, daß eine in bester Absicht vorzeitig zusammengewürfelte Partei dadurch vollkommen wirkungslos wird, daß die inneren Gegensätze bei jeder neuen politischen Frage in Erscheinung treten und zu beständigen inneren Kämpfen führen. Bevor daher zwischen den zurzeit bestehenden drei sozialistischen Parteien eine Einigung herbeigeführt werden darf, muß ein klares Bekenntnis ihrer Anhänger vorliegen, daß sie sich nur als Vertretung der arbeitenden Bevölkerung ansehen, deren Interessen den Interessen der bürgerlichen Schichten gegenüberstehen. Zwischen diesen Interessen kann es kein Überbrücken und kein Ausweichen geben, deshalb muß die Partei, die zur Einheit mit der U.S.P. als reif angesehen werden will, erklären, daß für sie eine Koalition mit den Vertretern der bürgerlichen Schichten ausgeschlossen ist. Ebenso muß die Einigung die Voraussetzung haben, daß die höchste Gewalt der Partei in den Händen der Mitglieder selbst liegt. Nur durch tätiges Mitraten und Mitarbeiten jedes einzelnen Mitgliedes, nur durch die Unantastbarkeit des Rechtes der Selbstbestimmung kann eine proletarische Partei die gefundenen Voraussetzungen für siegreiche Kämpfe erfüllen.

Dieser Antrag richtet sich, wie klar zu sehen, lediglich gegen die Sozialdemokratische Partei. Sie soll das Bekenntnis ablegen, daß sie keine Koalitionspolitik mehr treiben wolle, selbstverständlich ganz ohne Rücksicht darauf, ob damit die Staatsgewalt vollkommen den reaktionären Parteien ausgeliefert würde oder nicht. Den Kommunisten eine entgegengesetzte Verbindung zu stellen, etwa nach der Richtung, daß sie auf politische Unternehmungen verzichten und sich auf den Boden der demokratischen Republik stellen sollten, haben die Antragsteller wohlweislich unterlassen.

Die tiefer Unabhängigen machen die Sache viel kürzer und schmerzloser. Sie beantragen, daß alle Einigungsbestrebungen, die sich nicht auf der Grundlage des Leipziger Aktionsprogramms bewegen, strikte abzulehnen seien. Die Zentrale wird verpflichtet, bei dem Einleiten derartiger Bestrebungen sofort durch Wort und Schrift klare Richtlinien herauszugeben, damit evtl. Verwirrungen vermieden werden.

Die Eibinger Organisation erwartet dagegen, daß das Zentralkomitee auch in Zukunft die Vereinigung aller sozialistischen Parteien zu einer Partei fördert. Vereinigungen mit einer oder der anderen Richtung dürfen nur auf prinzipieller Grundlage, nicht auf taktischen Erwägungen, erfolgen. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um Rechtssozialisten oder Kommunisten handelt. Diese Wahrung der Selbstständigkeit der U.S.P. soll natürlich nicht ausschließen, zu beiden Richtungen ein kameradschaftliches Verhältnis anzubahnen und Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Form auszutragen. Eine Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien lehnen auch die Eibinger ab. Dagegen fordern die Insterburger vom Parteitag, daß er sich mehr denn je mit der Frage der Einigung befasse, um dem langersehnten Ziele der Arbeitermassen gerecht zu werden.

Nach dem Inhalt der Anträge zu urteilen, wird die Sozialdemokratische Partei einstweilen wahrscheinlich nicht als „reif“ erachtet werden, einer Einigung mit den Unabhängigen würdig zu sein.

Wer das Volk zur Kultur führen will, muß sich bewußt sein, wie not es tut, die höheren Triebe zu fördern. Darum müssen die Arbeiterparteien der Volkskunst mehr Aufmerksamkeit widmen. Unterstützt den Arbeiter-Sängerbund, ihr Angehörigen aller Arbeiterparteien!

50 Jahre genossenschaftlichen Zeitungsdrucks. Am 17. Dezember feierte das bedeutendste sozialgenossenschaftliche Blatt der Welt, das Organ der englischen Genossenschaften „Co-operative News“ das Fest des 50jährigen Bestehens. Ein halbes Jahrhundert war es das getreue Spiegelbild der genialsten Entwicklung der britischen Genossenschaftsbewegung. In seinen Spalten wurden gründlich und offenherzig alle genossenschaftlichen Pläne und Probleme erörtert, wurde der Kampf gegen die natürlichen Feinde und gegen verständnislose Gesetzgeber geführt, wurde über alle wichtigen Vorgänge im in- und ausländischen Genossenschaftsleben berichtet, wurde vor allem ein umfassendes, selbstbewußtes Aufklärungs- und Organisationswerk geleistet.

Theodor Storms Frauenideal. Ein Fachblatt für Handschriften-sammlungen erscheint jetzt in Berlin unter dem Titel „Die Autographen-Rundschau“. Es veröffentlicht in seinem letzten Hefte aus der Sammlung von Dethleff ein paar Briefe Theodor Storms, die er an Hermine von Breulchen als junges Mädchen gerichtet hat. Sie sind, wie es sich einer so ergötzlichen jungen Dame gegenüber gehört, etwas philiströs begütigt. 1873 schreibt ihr Storm, als sie von ihm ihre künstlerischen Versuche befragt haben will: „Ich sehe als guter Deutscher die wirtschaftliche Tüchtigkeit und zwar im hauswirtschaftlichen Sinne, als das Fundament der weiblichen Bildung an; geist- und kunstreich darf mir eine Frau nur sein, wenn mir, sowie ich ihre Schwelgere betrete, überall der Geist der Ordnung und der Sauberkeit entgegenkommt. Glauben Sie mir, meine junge Freundin, wer durch die gewissenhafte Erfüllung der kleinen, trockenen und hauswirtschaftlichen Pflichten die Poesie des Lebens einflüßt, der hat niemals etwas der Rede wert von besessen. Sie sprechen in Ihrem Briefe über das, was Sie etwa vom Leben verlangen können. Verlangen Sie recht viel, aber vergessen Sie dabei nicht, daß das, was wir in dieser Hinsicht das Leben nennen, zum allergrößten Teile wir selber sind.“ Als Storm zum Geburtstag von ihr Blumen bekommt, antwortet er 1880:

„Die Tage sind gezählt; vorüber bald
Ist alles, was das Leben einst verflücht;
Was will ich mehr, als daß vorm Schlafengehen
Die Jugend mich mit frischen Rosen grüßt.“

Amerikas Beitrag zur Förderung „humaner“ Kriegsführung. Ueber Edgewood, die eine halbe Stunde von Baltimore gelegene amerikanische Fabrik älterer Gase, die wahrscheinlich die größte ihrer Art auf der Welt ist, berichtet ein englisches Blatt Näheres. Es ist dort eine kleine Armee untergebracht, die ausschließlich für den „chemischen Krieg“ bestimmt ist und aus 100 Chemikern, 101 Offizieren, 2000 Soldaten und 1200 Zivilpersonen besteht. Es wird in Edgewood erstickendes Gas, verbrennendes, erdchenerregendes und tränenenerzeugendes Gas hergestellt. Das wirksamste ist jedoch das Bewußt, ein ver-

fein. Infolgedessen wird wahrscheinlich noch einige Zeit verstreichen müssen, bis sich in den Reihen der Unabhängigen noch mehr als bisher die Erkenntnis durchsetzt, daß es so wie bisher mit dieser Partei nicht weitergehen kann, daß sie vielmehr eine klare Entscheidung treffen muß, sei es nach der Richtung der Kommunisten, sei es nach der alten sozialdemokratischen Methode des politischen Kampfes.

Noch ein Ankläger!

Aus den Mauern des Zuchthauses erhebt sich nach Kurt Frank eine weitere anklagende Stimme gegen Hugo Eberlein. Um die Wirkung der Veröffentlichung des Zettlin-Materials abzuschwächen, hatte Eberlein bekanntlich die Behauptung aufgestellt, daß der Siegesfäulen-Aktenblätter Hering (Ferry) ein Polizeispitzel und heimlich aus dem Zuchthaus in Rendsburg entflohen worden sei. Diese Lüge wurde damals sogleich richtiggestellt. Jetzt veröffentlicht „Die Aktion“ eine Zuschrift des Ferry-Hering aus der Zuchthauszelle in Rendsburg, in der Ferry mit den heftigsten Ausdrücken gegen Eberlein protestiert und sich gegen die Verleumdung wendet, daß er ein Polizeispitzel sei. Die Zuschrift schließt mit den Worten:

Würden die Eberlein und Konforten die Flüche vernehmen, die gegen sie ausgesprochen wurden von den eingekerkerten Revolutionären, als ihnen das Zettlin-Material anhängt wurde, sie würden spurlos von der Bildfläche verschwinden. Aber sie werden nicht diese Konsequenz ziehen, denn diese Konsequenz ziehen nur ehrliche und moralisch hochwertige Revolutionäre, nicht aber die Eberlein und Konforten!

Der Rat Ferry ist nicht neu. Er ist der Eberlein-Zentrale schon von Paul Levi erteilt, aber natürlich nicht von ihr befolgt worden. Die Eberlein und Genossen erklären lieber ihre Opfer für Polizeispitzel, wie sie es ja auch mit Uhlmann-Kempin gemacht haben, den sie im Plenum des Preussischen Landtages als Polizeispitzel abhändelten, im Untersuchungsausschuß dagegen als aufrechten Revolutionär feierten!

Was wird mit den Spaniern?

Genosse Hermann Müller hat im Reichstag folgende kleine Anfrage eingebracht:

„Nach Zeitungsmedlungen ist beabsichtigt, die Spanier, die von den spanischen Behörden der Teilnahme an der Ermordung des Ministerpräsidenten Dato bezichtigt werden, der spanischen Regierung auszuliefern. Entsprachen diese Medlungen der Wahrheit?“

Wie gedenkt die Reichsregierung die Auslieferung dieser politischen Verbrecher zu rechtfertigen? Hat sie, die Richtigkeit dieser Medlungen vorausgesetzt, Schritte getan, um eine Bestrafung der Ausgelieferten zu hindern, die dem Empfinden weiter Volksteile in Deutschland widersprechen würde? Schriftliche Antwort genügt.“

Oesterreich und die Tschechoslowakei.

Prag, 20. Dezember. (Medlung des Tschechoslowakischen Pressebureaus.) In Prag und in Wien wurde heute das politische Abkommen zwischen der tschechoslowakischen Republik und der österreichischen Bundesrepublik veröffentlicht, das zwischen Minister des Äußern Benesch und Bundeskanzler Schöber abgeschlossen wurde.

In dem Abkommen verpflichten sich beide Staaten, die Verträge von Saint Germain und Trianon in vollem Umfang durchzuführen. Sie garantieren einander die gegenseitigen Staatsgebiete und werden einander zur Sicherung der Integrität der genannten Gebiete in politischer und diplomatischer Hinsicht unterstützen. Sie verpflichten sich zur Wahrung der Neutralität im Falle eines fremden Angriffs auf eine der Vertragsparteien und sagen sich gegenseitige Unterstützung bei der Bekämpfung von Geheimorganisationen zu. Falls zwischen beiden Staaten nach Abschluß des Abkommens sich strittige Fragen ergeben sollten, verpflichten sich beide Staaten, sich im freundschaftlichen Einvernehmen zu verständigen und gegebenenfalls den Streit dem ständigen internationalen Gerichtshof zu unterbreiten. Sie werden kein Abkommen mit anderen Staaten abschließen, das im Widerspruch zum sehligen Abkommen stünde.

brennendes Gas von besonderer Kraft. Es breitet sich langsam aus. Der Angriff auf eine Stadt kann damit von Flugzeugen aus mittels Bomben oder Pumprohren erfolgen. Es verbrennt Gasmaste, Kleidung, Haut und Fleisch und zerstört beim Einatmen die Lungen. Man berechnet, daß ganze Bevölkerungen großer Städte mit Hilfe des Bewusstseins in kurzer Zeit vernichtet werden können. Die Gasbomben, die man jetzt herstellt, werden 2150 Kilogramm wiegen, wobei eine Tonne aus dem Explosivstoff, der Rest auf das Gas gerechnet wird. Die glücklichen Erfinder sind die Professoren Newlands und Lee Lewis. Die Hauptbestandteile sind Ätzgas und Arsenik. Ein Schutzmittel dagegen gibt es nicht. Das einzige, so meint das englische Blatt, sei, keinen Krieg zu führen.

Hunderacht. In England, wo die Brutkrankheit der Hunde bisher unbekannt geblieben war, ist jüngst der erste Fall von anfall konstatiert worden, und es ist damit wohl die Zeit gekommen, das englische Gesetz, das den Hunden das Recht zuerkennt, einmal angefaßt zu werden, zu beseitigen, einer Reform zu unterliegen. Daß dieser Gesetzesparagraph noch zu Recht besteht, beweist eine kürzlich erfolgte Gerichtsentscheidung. Ein Engländer hatte den Besitzer eines Hundes, der seine Frau angefaßt und ihr das Kleid gerissen hatte, auf Schadenersatz verklagt. Der Beklagte konnte aber nachweisen, daß der Hund zum ersten Male sich dieser Missetat schuldig gemacht und bis dahin ein einwandfreies Leben geführt hatte. Er wurde auf Grund dieses Beweises freigesprochen. Um das zu verstehen, muß man sich vergegenwärtigen, daß das englische Recht den Tieren in bestimmten Fällen gewisse Rechte der Persönlichkeit zuerkennt und daß es daher dem schuldigen Tier die Möglichkeit offen lassen will, sich zu bessern und den Weg der Tugend wieder einzuschlagen.

Die letzten Australier. Im innersten Teile des großen Karpentaria-Balkes, der sich in die tropische Nordseite von Australien einbuchtet, liegt ganz nahe der Küste von Queensland die Mornington-Insel, ein mit lüftlichem Savannenmoos bedecktes Eiland etwa von der Größe eines Schweizer Kantons. Hier lebten bis vor wenigen Jahren die letzten noch im Urzustand und noch nicht durch die Verührung mit europäischer Kultur körperlich und moralisch verdorbenen Ureinwohner Australiens. Die einzigen Weissen, die die Mornington-Insel besucht hatten, waren einige Forschungsreisende, deren letzter, der Schwede Möberg, durch einen Aufruf an alle gelehrten Gesellschaften Australiens zu erreichen suchte, daß diese letzten Reste eines der interessantesten Naturvölker der Erde gewissermaßen als Naturdenkmal vor jeder ungeeigneten Verührung bewahrt bleibe. Leider hatte dieser Aufruf die entgegengesetzte Wirkung. Die Behörden wurden aufmerksam, und die Regierung von Queensland schickte scheinung Missionare nach der Insel. Die noch im Steinzeitalter lebenden Eingeborenen, von den Missionaren wahrscheinlich eingeschickt behandelt und an der Ausübung ihnen unentbehrlich dünkender religiöser Zeremonien gehindert, schlugen die Sider ihres Friedens einfach auf. Damit war der Konflikt mit der „Zivilisation“ fertig; die Regierung schickte Polizei, die eine Strafaktion vornehmen mußte und dann auf der Insel blieb. Die letzten Australier im Urzustand aber gehören der Vergangenheit an.

Der Berliner Devisenmarkt steht ganz unter dem Einfluß der Nachrichten über die Londoner Verhandlungen. Das Geschäft hielt sich in sehr engen Grenzen, da die Spekulation größte Zurückhaltung zeigte. Der Dollar setzte mit 170 ein und ging zeitweise bis auf 163 zurück. Im weiteren Verlauf hielt sich der Kurs auf etwa 169 bis 170.

Die Gewerkschaften ausgeschaltet!

Vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wird uns geschrieben:

Unter dieser Überschrift brachte der „Vorwärts“ in der gestrigen Abendnummer eine Notiz, die in ihren Schlussfolgerungen zutrifft, daß nämlich tatsächlich die Gewerkschaften ausgeschaltet sind.

Den ADGB. trifft hieran kein Verstoß. In wiederholten Schreiben hat der Vorstand des ADGB. das Reichsarbeitsministerium ersucht, die vom ADGB. benannten Vertreter zu den Verhandlungen zuzuziehen. Mit Schreiben vom 24. November 1921 wurde auf die Schwierigkeiten, mit denen die deutschen Unterhändler zu rechnen haben, hingewiesen und verlangt, daß zwischen den von der Reichsregierung eingesetzten Unterkommissionen ein inniger Zusammenhang hergestellt und ein Meinungsaustrausch herbeigeführt wird. Auch in diesem Schreiben wurde schon darauf hingewiesen, daß dem Bundesvorstand nicht bekannt sei, bei welchen Abschnitten des Senfer Diktats überhaupt Arbeitnehmervertreter mit beraten sollen. Ebenfalls sei die von den Spitzenverbänden der deutschen Gewerkschaften gestellte Forderung auf Berufung von sachverständigen Beratern des Reichskommissars für die bevorstehende Verhandlung mit der polnischen Regierung respektlos erledigt. Insbesondere sei es erforderlich, daß auch sachverständige, Ingenieure, Bergleute usw. mitwirken. Auch in diesem Schreiben wurden erneut die Vertreter des ADGB. genannt. Vom Reichsarbeitsministerium ist trotzdem keine Benachrichtigung oder Hinzuziehung der Vertreter des ADGB. erfolgt.

Als dann bekannt wurde, daß die Verhandlungen in Oberschlesien in Kürze beginnen würden, hat der Bundesvorstand mit Schreiben vom 3. Dezember 1921 nochmals auf die Notwendigkeit der Hinzuziehung von Gewerkschaftsvertretern hingewiesen und umgehend Mitteilung verlangt, wann die Verhandlungen beginnen, damit die Vertreter des ADGB. zugezogen werden. Ausdrücklich wurde darauf hingewiesen, daß der ADGB. unbedingt darauf besteht, daß seine Vertreter zu den Verhandlungen zugezogen werden.

Das Reichsarbeitsministerium hat mit Schreiben vom 5. Dezember 1921 mitgeteilt, daß die Verhandlungen bereits am 9. Dezember beginnen und die Vertreter der Regierung mit den Gewerkschaftsführern — Fühlung aufnehmen werden. Die Verhandlungen selbst sollten zweckmäßig im Sinne der in den Vorverhandlungen mit den Vertretern der Beteiligten festgelegten Grundgedanken zunächst von den beamteten Vertretern der Regierung allein geführt werden.

Es gewinnt hiernach den Anschein, als ob die Regierung tatsächlich nur formal dem Verlangen der Gewerkschaften nach Zuziehung von Vertretern entsprechen wolle, während sie wirklich bei den Verhandlungen ausgeschaltet werden.

Der Vorstand des ADGB. kann in der bisher von der Regierung bewährten Beteiligung der Gewerkschaftsvertreter eine angemessene Wahrnehmung der Rechte der Gewerkschaften absolut nicht erblicken. Nach der Haltung der Regierung ist aber anzunehmen, daß sie auch eine angemessene Vertretung und Wahrnehmung der Rechte der Gewerkschaften nicht wünscht.

Es ist nicht die Absicht des Bundesvorstandes, sich mit der von der Regierung beabsichtigten Behandlung abzufinden, er wird vielmehr in geeigneter Weise die ordnungswidrige Zuziehung der Gewerkschaftsvertreter anstreben.

Ende der Luftkontroll-Kommission.

Wie die P.N. hören, hat der englische General Masterman, der Vorsitzende der Interalliierten Luftkontrollkommission, mitgeteilt, daß er beabsichtigt, mit Beginn des neuen Jahres die Kommission aufzuheben. Dagegen liegt keine Nachricht darüber vor, daß auch General Koller, der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission, diese auf ein Drittel einschränken und die Kontrollbehörden in der Provinz einsparen werde.

Die italienische Kammer hat gemäß dem Vorschlag des Wahlprüfungsausschusses die Wahl des wegen Desertation verurteilten Abgeordneten Milano für ungültig erklärt.

Kleppelsdorf.

Der Mordtragödie letzter Akt.

Nach 13 Tage langer Verhandlung ist also Gräfin für schuldig befunden worden, am 14. Februar bei seinem Besuch auf Schloss Kleppelsdorf die 16jährige Schlossherrin Dorothea Radde und die Zeugin seiner fuchtbaren Tat, seine 13jährige Stiefnichte Ursula Schade, mit Überlegung erschossen zu haben. Auch die Schuldfrage wegen der an Ursula verübten Einlichkeitsverbrechen wurde beigeht.

Als der Angeklagte den Saal betrat, um den Wahrspruch der Geschworenen zu vernehmen, merkte man ihm an, daß er einen schweren inneren Kampf niederzukämpfen sich bemühte. Sein volles, gesundes Gesicht überzog eine bisher nicht beobachtete Blässe. Ein leichtes Wimperzucken und ein leichtes Zusammenzucken seiner muskulösen Glieder waren die Wirkung der furchtbaren Tatsache, daß der Stab über ihn gebrochen sei. Der Verteidiger erklärte, keine Anträge stellen zu wollen. Auf den fragenden Blick des Vorsitzenden rüßte der Angeklagte sich auf. Lebend und stehend begann er: Ich vergelte von vornherein auf jede Revision und auf ein Gnaden-gesuch. (Der Verteidiger unterbricht ihn mit der Bemerkung: Darüber werden wir später reden.) Mit fester werdender Stimme, seine während der ganzen Verhandlung an den Tag gelegte Ruhe wiedergebend, fügte er hinzu: Der Wahrspruch der Geschworenen ist ein Fehlspruch, für den ich Sie oder nicht verantwortlich mache. Ich kann verstehen, wie die Geschworenen zu ihrer Auffassung gekommen sind. Bieleicht wird der Tag kommen, wo das eine oder andere seine Aufklärung finden wird.

Mit größtem Gleichmut vernahm er das auf Todesstrafe und fünf Jahre Zuchthaus und dauerndem Ehrverlust lautende Urteil. Da der Verzicht auf Rechtsmittel dem zuständigen Gericht erklärt wurde, ist er unwiderruflich. Das Todesurteil ist somit rechtskräftig. Anders steht es mit Gräfinns Verzicht auf die Gnadenmittel. Die Ausübung der Gnade ist von seinem Willen unabhängig. Ein Todesurteil darf nicht vollstreckt werden, bevor das Staatsoberhaupt die Begnadigung abgelehnt hat. Es ist also in jedem Fall vorher zu prüfen, ob von dem Gnadenrechte Gebrauch gemacht werden oder dem Rechte freier Lauf gelassen werden soll. Das Begnadigungsrecht liegt nach Art. 584 der neuen preussischen Verfassung in den Händen des Staatsoberhauptes, das es namens des Volkes ausübt. Ihm wird es daher obliegen, zu prüfen, ob der Beweis gegen Gräfin so lückenlos geführt ist, daß ein Justizirrtum für ausgeschlossen gelten kann.

Aus den Bezirksversammlungen.

Die westlichen Vororte erneut gegen Groß-Berlin.

Die vergangene Woche hat uns in den meisten Bezirken die Neuwahlen zu den Vorstandsämtern der jeweiligen Bezirksversammlung gebracht. Dabei stellte sich sehr bald heraus, daß die Bürgerlichen, durch den „Erfolg“ des 16. Oktober kühn gemacht und weit entfernt, namentlich mit der positiven Arbeit zu beginnen, zunächst keinen anderen Wunsch zu haben scheinen, als ihre Nachpostitionen ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl auszunutzen, ohne Rücksicht auch auf die Geschäftslage, die ein sofortiges Arbeiten bringend erfordert. Das Ziel dieser Bestrebungen, die Zerreißung des neuen Groß-Berlin, tritt unverhüllt zutage. Sehr beachtenswert in dieser Hinsicht sind die Reden der Bezirksbürgermeister in den Bezirken 9, 11 und 12. Die Bürgerlichen werden aber unsere Genossen, und hoffentlich nicht sie allein, auf dem Posten finden.

Im Bezirk 5 (Friedrichshain) hat die Zusammenfassung der Bezirksversammlung eine wesentliche Veränderung erfahren. Die U.S.P. ist mit 18 Mitgliedern noch immer die stärkste Fraktion, die S.P.D.-Fraktion ist auf 14 Mitglieder angewachsen und hat merklich an Einfluß gewonnen. Die K.P.D. haben 8, Deutschnationalen 10, Volkspartei 5, Zentrum und Wirtschaftspartei je 3 und die Demokraten 2 Mitglieder. Die bürgerlichen Parteien haben sich zu einer gemeinsamen Fraktion zusammengeschlossen, die 23 Mitglieder zählt. Ihr Anspruch, auf Grund dieser Stärke den Vorsteher zu stellen, wurde jedoch von den sozialistischen Parteien nicht anerkannt. Zum Vorsteher wurde Felker (U.S.P.) gewählt, zum ersten Vertreter des Vorstehers Genosse Schrader, zum zweiten Vertreter Fuhrmann (Bürgerl.), zum Schriftführer Bünch (K.P.D.) gewählt.

Die noch weiter vorgesehene Tagesordnung konnte nicht erledigt werden, da von bürgerlicher Seite Einspruch erhoben wurde unter Hinweis auf die §§ 39 und 40 der Städteordnung, welche die Einberufung der Versammlung durch den Vorsteher als zwingendes Recht vorschreiben. Da die erste Versammlung durch den Bürgermeister einberufen wurde, könnten ihre Beschlüsse erst beanstandet werden. Infolge dieses Einspruches mußte die Sitzung nach der Konstituierung der Versammlung abgebrochen werden.

In der Bezirksversammlung des Bezirks 7 (Charlottenburg) hielt Bürgermeister Scholz die Begrüßungsrede und benutzte sondersbarerweise diese Gelegenheit, um Klage über eine zu scharfe und unberechtigende Kontrolle der Berliner Zentralverwaltung zu stellen. Zum Vorsitzenden der Bezirksversammlung wurde sodann Dethleffen (Dnat.), zu stellvertretenden Vorsitzenden werden Dr. Brig (Dem.) und Genosse Dr. Borchardt, zu Schriftführern Genosse Richter, die Herren Müller-Granten und Schröder und Fräulein Wiegmann gewählt.

Für die Instandhaltung der Schulgärten werden aus Vorbehaltsmitteln 11 000 M. bewilligt. Eine umfangreiche Vorlage zur Weiterführung der städtischen Wohlfahrtskassen für Bürgerlichen wird einem Ausschuss überwiesen. Die Ausgaben betragen 62 500 M. Die Einnahmen sind auf 25 000 M. berechnet. Die noch erforderlichen 37 500 M. sollen in den Haushaltsplan für das Jahr 1922 eingestellt werden.

Für die offene Armenpflege müssen 594 860 M. nachbewilligt werden. Um dringende notwendige Bauraum zu schaffen, ist der Bau eines zweistöckigen Verbindungshauses zwischen Rathaus und Kirchhofstr. 9 erforderlich. Die Kosten im Betrag von 2 300 000 M. werden ebenfalls bewilligt. In der Diskussion fordert Genosse Richter Abhilfe für die Wohnung der Schulkindern in der Gemeindeschule 3 und 4, da der gegenwärtige Zustand die Gesundheit der Familie sehr gefährdet.

Bei der Vorlage, welche die Nachbewilligung von Mitteln und eine zukünftige Erhöhung der Gebühren für Wegschaffung

des Hausmülls fordert, gelingt es den bürgerlichen Parteien, eine Resolution zur Annahme zu bringen, in der gefordert wird, den städtischen Körperschaften Berlins zu empfehlen, diese neue Belastung des Hausbesitzers bei der Festsetzung der Höchstmieten voll zu berücksichtigen.

Zum Schluß wird eine Anfrage besprochen, in der Kunststift über einen Angriff verlangt wird, den die „S.“ vor einiger Zeit gegen das Charlottenburger Wohnungsamt gerichtet hat. Der stellvertretende Bürgermeister Genosse Hirsch weist nach, daß die Haltung des Charlottenburger Wohnungsamtes durchaus einwandfrei war. Es sei höchst bedauerlich, daß eine gewisse Sensationspresse unbesehen und kritiklos alle Angriffe gegen die Wohnungsämter annimmt.

Im Verwaltungsbezirk 9 (Wilmersdorf) wurden die Bezirksverordneten durch Bürgermeister Augustin in ihr Amt eingeführt und verpflichtet. In seiner einleitenden Ansprache trat der Bürgermeister für eine weitere Selbständigkeit der Bezirke in der Einheitsgemeinde ein. Zum Vorsteher wurde Oberverwaltungsgerichtsrat Lorenz (Dnat.), zum stellv. Vorsteher Genosse Suter und Lehrer Budel (D. Vp.), zu Schriftführern Harnisch (Dem.), Bangehne (Dnat.) und Voigt (D. Vp.) gewählt. In den Wahlschloß wurden die Genossen Lüdemann und Suter sowie Scholz (U.S.P.) gewählt. Der S.P.D.-Fraktion mit 6 Bezirksverordneten und einem Stadtvorordneten haben sich die 3 U.S.P. als Hospitanten angeschlossen.

Die Erhöhung der Gebühren für die städtische Müllabfuhr wurde einem 15kiedrigen Ausschuss überwiesen, dem Genosse H. Freuh (S.P.D.) und Scholz (U.S.P.) angehören. Bei Beratung legte, wie vorausgesehen, ein Klage über die gar jämmerlich tuenden „armen Hausbesitzer“ ein. Bezirksverordneter Heinrich (Dnat.) klagte über hohe Kosten sowie Rechtsunsicherheit der Hausbesitzer, die kaum ein Stück troden Brot hätten.

Bezirksversammlung 11 (Schöneberg-Friedenau). Die neu gewählten Bezirks- und Stadtverordneten wurden in der letzten Sitzung durch den Bürgermeister Berndt eingeführt. In seiner Einleitungsrede wies er darauf hin, daß es Aufgabe der Bezirks- und Stadtverordneten sein solle, die Interessen des Bezirks gegenüber Berlin mit aller Kraft zu vertreten. Zum Vorsteher wurde der Bezirksverordnete Dr. Teufel (D. Vp.) und als Stellvertreter der Genosse Erdmann gewählt. — Die Bezirksversammlung beschloß, in Zukunft die regelmäßigen Bezirksversammlungen — wie in den übrigen Bezirken Groß-Berlins — Mittwochs abzuhalten.

Im 12. Bezirk (Steglitz-Lichterfelde) eröffnete der Bürgermeister Sembrich die erste Bezirksversammlung nach den Wahlen mit einer scharfen Rede gegen Groß-Berlin. Die dabei entlassene Urkunde auf der linken Veranlassung ihn dann wohl, einen Teil seiner Ausführungen zu verschlucken. Nach der Vorstandswahl, bei der der bisherige Vorsteher Schwarz (D. Vp.) in sein Amt wieder eingesetzt wurde, kam es zu einem neuen Zusammenstoß. Schwarz meinte, daß man jetzt nach den Vorschriften der Städteordnung tage. Deswegen könne die vom Bezirksamt festgestellte Tagesordnung nur beraten werden, sobald er als Vorsteher die Tagesordnung übernehme. Er wolle sie übernehmen, wenn kein Widerspruch erfolge. Die Linke erhob Widerspruch. Damit verfiel die Sitzung der Beratung, ohne daß auch nur einer von den vielen Tagesordnungspunkten erledigt wurde. Im Bezirk 12 treibt die Mehrheit jetzt eine Parteipolitik, die nicht im Interesse Groß-Berlins, sondern zum Vorteil der Zersplitterung zugunsten der westlichen wohlhabenden Vororte dienen soll.

Groß-Berlin

Neues Unwetter.

Was das Wetter im November, dem herkömmlichen Regen-, Nebel- und Unwettermonat verläuft hat, das scheint es jetzt reichlich nachholen zu wollen. Nach dem schlimmen Orkan am Sonntag war eine Pause eingetreten. In der vergangenen Nacht aber tobte und legte ein neues Unwetter über Berlin hinweg, dessen Folgen zur Stunde noch nicht abzusehen sind. Besonders schwer haben unter diesem Wetter alle jene Mieter zu leiden, deren Wirt es verläßt haben, die Dächer rechtzeitig ausbessern zu lassen, so daß den Mietern das Regenwasser in die Zimmer läuft, eine schwere gesundheitliche Gefahr für die Insassen. Wenn jetzt die Mietpreise wieder erhöht werden, so sollten die Behörden aber auch auf die Durchführung lebensnotwendiger Reparaturen an Häusern und Wohnungen sehen.

Auch aus dem Reich kommen neue Unwettermeldungen. Die Hamburger Seewarte erteilt Sturmwarnungen. Eine neue tiefe Sturm-Depression ist vom Atlantischen Ozean her wieder im Anzuge. Damit ist auch wieder die Gefahr von Sturmflut und Hochwasser für den Hamburger Hafen gegeben. Ein außerordentlich schwerer Unwettersturm wird in letzter Stunde aus Westerland (Ankl. Spil) gemeldet. Dort ist die im Frühjahr d. J. unter Aufwendung von 1 Million Mark errichtete Strandmauer infolge des Sturmes und des außergewöhnlich hohen Wasserstandes zum größten Teil eingestürzt.

Raubüberfall auf einen Juwelier.

Auf den im Hause Uhlendstr. 48 wohnenden Juwelier Bonitz wurde gestern Abend ein schwerer Raubüberfall verübt. In den Baden des Genannten kam kurz vor Geschäftsschluß, gegen 7 Uhr, der 20 Jahre alte Drogist Willi Tierlein aus der Uhlendstr. 132 unter dem Vorwande, nach einem Ring kaufen zu wollen. Weil der junge Mann ihm bekannt war, fand sich der Juwelier bereit, ihm trotz der vorgerückten Stunde noch einige Ringe vorzulegen. Während Tierlein sich zum Schein diese Vorlagen ansah, zog er plötzlich einen Revolver aus der Tasche, schloß auf den ahnungslosen Geschäftsmann und traf ihn schwer in den Kopf. Der Betroffene konnte noch um Hilfe rufen, und so gelang es mehreren Leuten und einem Beamten der Schutzpolizei, die herbeigeeilt kamen, den Täter auf der Stelle festzunehmen. Bonitz wurde nach dem Krankenhaus in der Achenbachstraße zu Wilmersdorf gebracht. Seine Verletzung ist lebensgefährlich. Tierlein wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Verkauf von fiskalischem Gelände in Berlin-Johannisthal.

Wie an anderen Stellen Groß-Berlins, so hat der Staatsfiskus, einer im Kriege gegebenen Rufes entsprechend, zu billigen Preisen Staatsland für die gemeinnützige Siedlungsarbeit abgegeben u. a. auch in Johannisthal für die Eisenbahner-Kolonisations-Gesellschaft. Jetzt verläuft aber, daß die Gesellschaft den noch nicht verwendeten Teil des Geländes, an der Bahn entlang, weiter verkaufen wolle. Hat der Staat, so schreibt man uns, so billiges Land hergegeben, um es schließlich in andere als die ursprünglich gedachten gemeinnützigen Hände abzugeben zu lassen? Grund und Boden, der einmal dem Zugriff des Privatkapitals und der Spekulation entzogen ist, sollte, ganz gleich, ob es Staats- oder Gemeinde- oder Genossenschaftsbesitz ist, in den Händen solcher das Gemeinrecht vertretenden Körperschaften bleiben.

Ein Rathaus für den Verwaltungsbezirk Tempelhof.

Das Bezirksamt Tempelhof hat bei der Bezirksversammlung beantragt, der Errichtung eines Rathauses näherzutreten. Durch den Bau würden 26 Wohnungen von zwei bis fünf Zimmern und auch Kassenräume für die Schulen frei werden. Als erste Bauplätze wird die Bewilligung von zwei Millionen beantragt. Natürlich ist der jetzige Bauplan wesentlich einfacher gehalten als der ursprüngliche großartigere Plan vor dem Kriege.

Schupo gegen Weihnachtsbaumwucher. Um sowohl dem Wucher, wie auch den Ausschreitungen, die er zur Folge hat, ein Ende zu machen, werden von jetzt an die Polizeibeamten auf die Vorgänge auf diesem Gebiete des Weihnachtsmarktes ganz besonders achten. Wo wucherische Preisforderungen gestellt werden, werden sie die Weihnachtsbäume kurzerhand beschlagnahmen und gleich an Ort und Stelle zu angemessenen Preisen verkaufen.

Drohender Hauseinsturz in Moabit. Die Bewohner des Hauses Turmstr. 65, Ecke Gohlswinkelstraße, sind in Lebensgefahr geraten, da Stützungsarbeiten des Gebäudes, die seit Wochen nötig gewesen wären, nicht durchgeführt worden sind. Von Beamten der Bau-polizei und den Architekten wird die Situation als außerordentlich ernst bezeichnet, schon deshalb, weil bei einem Einsturz des großen Eckhauses nicht nur die zahlreichen Bewohner in Gefahr kommen können, sondern weil an diesem Verkehrsknotenpunkt bei einer Katastrophe Hunderte von Passanten in Gefahr geraten könnten.

Mit dem Auto in die Grube. Im Treptower Park hat sich gestern Abend ein schwerer Autounfall ereignet. Um 11 Uhr kam ein Privatauto die Straße entlang, durchfuhr einen Baugruben und stürzte in die Baugrube der Wasserleitung, obwohl die Stelle mit einer roten Sicherheitslaterne beleuchtet war. Zwei im Wagen sitzende Damen und ebenso ein Herr erlitten Verwundungen. Der Chauffeur kam mit dem bloßen Schreden davon. Das Auto wurde vollständig zertrümmert.

Die Vorarbeiten für die Elektrifizierung der Berliner Vorort-strecken, die bereits vor mehreren Wochen in vollem Umfange aufgenommen worden sind, werden durch die beschlossene Einrichtung einer Bauabteilung, die ihren Sitz auf dem Vorplatz des Bahnhofs Gesundbrunnen erhalten soll, wesentlich gefördert. Für die zunächst mit elektrischer Zugförderung zu versehenen Strecken Berlin-Bernau und Berlin-Grünau sollen als die nächsten Arbeiten die drei Umformstationen in Pankow, Grünau und in Röntgenial ausgeführt werden.

Die Einwohnerzahl des Verwaltungsbezirks Lichtenberg betrug am 30. November 1921: 125 996 Personen.

Der Teil einer Kreisfalscher für 1922 pflegt, wie auch in den vergangenen Jahren, besonders Heilmittel und Geschäfte. Von diesen Beträgen ist beachtenswert der aus schließlich gebaltene von Dr. Albert Klebe, ein über das Germanische Heilertum in Neudorf, ein „Mediologische Wanderung von Hamburg nach Wittenberge“ von Professor Solzer, der „Großmachener Weinberg als Naturdenkmal“ von Ortsabgeordneter Dr. Schulze. Die Monatsblätter mit Beiträgen von Dr. Kleber haben Bezug auf allerlei legendäre Sitten des Teltow. Eine gute Kreislerie liegt bei. Man kann sich des Kalenders (Preis 3 M., Verlag A. Kogbe Berlin W. 35) nur erfreuen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

61. Mt. Reichl. Heute Abend 9 1/2 Uhr Voranbahnung, 7 1/2 Uhr Ausfahrtung der Dampfer, Voranbahnung, 12. Abrechnung der Kommunisten, rote Funktionäre mäßig, Materialausgabe.

Gewerkschaftsbewegung

Sicherheitspolizisten als Streikbrecher.

Unter dieser Überschrift berichteten wir am 8. Dezember über den Streik in der Heidefabrik Müller. In dem von der Streikleitung kommenden Bericht war auch die von uns wiedergegebene Behauptung enthalten, daß sich Sicherheitspolizisten als Streikbrecher betätigt haben. Dazu teilt uns der Polizeipräsident jetzt mit:

„Die vom Kommando der Schutzpolizei eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß keiner der Beamten Streikbrecherdienste geleistet hat. Die befragten Streikposten haben ebenfalls von einer Streikbrecherarbeit nichts gesehen. Es konnte lediglich nachgewiesen werden, daß an einem Nachmittag während des Streiks ein dort postierter Beamter eine abgeladene Lanne mit dem Fuße weiter gestoßen hat.“

Die Beamten sind angewiesen, sich in Zukunft so zu verhalten, daß ihr Benehmen keinen Anlaß zu falschen Auffassungen geben kann.“

Göge und Jammer

Heißt eine Firma, die ihr Domizil in Berlin Norden, Fehrbelliner Straße 45, aufschlägt. Von etwa 40 Beschäftigten haben 30 Arbeiterinnen in dem Alter von 14 bis 20 Jahren Stundenlöhne von 1,40 bis 2 M., während der Tariflohn für Arbeiterinnen über 18 Jahren 5,65 M. beträgt. Die Arbeiterkraft, die bisher unorganisiert war, trat nun an den Metallarbeiter-Verband heran, um menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen. Ein Betriebsrat besteht nicht. Es fehlt an genügender Wohngelegenheit und Garderobenräumen. Die Arbeiterinnen waren auch bei Arbeitszeit, wo an und für sich der Verdienst nicht wesentlich höher ist als die angegebenen Stundenlöhne, verpflichtet, nebenbei die Defekte zu heilen und das Brennmaterial heranzuschaffen.

Als ein Vertreter des DMB bei der Firma vorstellte, erlaubten sich die Inhaber, ihn in dröselnem Tone anzusprechen, wie er dazu läute, ihre Firma in Versammlungen als „Gögebude“ zu bezeichnen. Der Vertreter des DMB mußte ihnen allerdings darauf erwidern, daß er zwar in Versammlungen das nicht gesagt habe, aber hier möchte er doch sagen, daß diese Fabrik eine Gögebude ist. Jeglichen vernünftigen Erwägungen waren die Herren nicht zugänglich. Es brauche ja niemand anfangen, wenn es nicht passe, man bekomme immer noch genügend Arbeiter und Arbeiterinnen. Dem Verbandsvertreter wurde daraufhin die Tür geschlossen.

Die meisten Arbeiterinnen, die jetzt den Wert der Organisation erkannt haben, zogen daraus die Konsequenzen und haben sofort den Betrieb verlassen, weil sie wissen, daß sie anderswo mindestens das Dreifache verdienen, als bei Göge u. Jammer.

Der Metallarbeiter-Verband hat über den Betrieb der Firma Göge & Jammer, Spritzgussfabrik, Berlin N., Fehrbelliner Str. 45, die Sperre verhängt. Kein organisierter Kollege darf dort in Arbeit treten.

Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Neue Gehaltszulagen in der Konfektion. Die Angestelltenfunktionäre der Bekleidungsindustrie, die dem DMB angehören, nahmen am Dienstag in einer Versammlung den Bericht über die letzten Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Konfektion entgegen. Den Bericht erstattete Hoffmann. Es handelt sich darum, noch während der am 31. Januar ablaufenden Tarifzeit Gehaltszulagen von 30 und 35 Proz. für alle vier Branchen zu erhalten. Die Arbeitgeber bewilligten für die Angestellten der Herren- und Knabenkonfektion und für die Damen- und Mädchenmantelkonfektion Zulagen von 25 Proz., für die der Hülsen- und Kleiderkonfektion und der Herrenwäschekonfektion aber nur 20 Proz. Die Bewilligung bezieht sich auf die Gehälter für Dezember und Januar. Der Unwille über die Differenzierung kam in der Diskussion lebhaft zum Ausdruck und die Frage, wie und wann der Ausgleich herbeizuführen sei, wurde eingehend debattiert. Die Versammlung nahm dann die Zugeständnisse der Arbeitgeber gegen 18 Stimmen an. Ferner sprach sich die Versammlung einstimmig dafür aus, daß die Gehaltszüge zum 31. Januar gekündigt werden sollen.

In Jena wurden bei der Wahl der Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes gewählt: 6 Kommunisten, 3 U.S.P. und 2 SPD.

Fromme Wünsche hat der Allgemeine Bund der französischen Produktion (Arbeitgeberbund) auf seiner Generalversammlung geäußert. Er hat sich nämlich für die Abschaffung des Achtstundentages und die Entstaatlichung des Telefonbetriebes ausgesprochen. — Nach der „Patriotismus“ der deutschen Industrie so schnell Schule?

Gewerkschafts-Unterkommission Neubau. Für Betriebsräte, deren Betriebe der Dreiklassenlohn-Preis angehören, Donnerstag, 7 Uhr, bei Wolf, Neubau, Kirchhofstr. 41: Versammlung.

Aus der Partei.

Das Kulturprogramm aller Schaffenden.

Am 28. September 1921 hat sich die deutsche Sozialdemokratie auf ihrem 68. Parteitag ein neues Programm gegeben. In der Tat, ein neues, mitten in den Übergang zum Sozialismus hineingeworfenes Programm. Die Seele tiefgründiger Umgestaltungsarbeit schlägt mit mächtigem Puls überall in diesem Programm. Diese aus der Novemberrevolution geborene Arbeit heiligt geistig ein neues Programm, das nun dank der rührigen geistigen Tätigkeit der Genossen zu einem Kulturprogramm aller Schaffenden geworden ist. Als solches bietet es sich uns in dem folgenden erschienenen Kommentar des Genossen Friedrich Stampfer dar: Das 68. Parteiprogramm (Berlin 1922, J. H. W. Dieck Nachfolger und Buchhandlung Vorwärts).

Die Sozialdemokratie ist die Partei aller körperlich und geistig Schaffenden, die auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesen sind. Und Stampfer zeigt in seinem Kommentar anschaulich die enge, innerliche Verbindung der Sozialdemokratie mit jedem Arbeit leistenden Menschen. „Mag er den Flug führen oder den Hammer schwingen“, so schreibt er, „an der Maschine oder am Schreibtisch“, tätig sein, soviel er durch seine Arbeit ein nützliches Glied der Gesellschaft ist, fühlt die Sozialdemokratie sich zu ihm gehörig und wünscht sie, daß er auch sich zu ihr gehörig fühlen möchte.“ Die Auffassung Ferdinand Lassalles von dem Arbeiter wird wieder lebendig, die in dem „Arbeiterprogramm“ niedergelegt ist. „Arbeiter sind wir alle, insofern wir eben den Willen haben, uns nützlich zu machen.“ Die strenge, vom Klassenvorurteil aufgerichtete Scheidlinie zwischen dem geistig und körperlich Arbeitenden ist gefallen. Arbeiter ist jeder auf den Ertrag eigener Arbeit angewiesene Schaffende.

Die Sozialdemokratie ist nicht eine Arbeiterklassenpartei im Sinne einer bloßen Partei des Proletariats, das allein das große sozialistische Befreiungswort vollbringen kann. Die Sozialdemokratische Partei umfaßt nicht nur proletarische Elemente, sondern Angestellte, Beamte, Intellektuelle, selbständige „Kleine Existenzen“ in Handwerk, Handel und Landwirtschaft. Schon das Erfurter Programm charakterisierte sich nicht als ein rein sozialproletarisches Programm. Es sprach die gesellschaftliche Umwandlung des Kapitalismus in den Sozialismus als die Befreiung der gesamten, unter den heutigen Zuständen leidenden Menschheit an, es bekämpfte die Ausbeutung, die Unterdrückung jeder Art, richtete sich nun gegen eine Klasse, eine Partei, ein Geschlecht, eine Rasse.

Als wirkliche Kulturträgerin ist die deutsche Sozialdemokratie als politische Partei zur Welt gekommen. Lassalle rief die Alliance der Wissenschaft mit der Arbeit aus, Lassalle kennzeichnete die neue Ära der sich befreienden Arbeit als das Zeitalter eines neuen Eintrages der Kultur und Gerechtigkeit, der Verwirklichung der Idee der Sozialarbeit.

Was bei Lassalle noch reine Theorie war, ist jetzt lebendige Praxis geworden. Und klar formuliert reißt diese Praxis aus dem Programm-Erklärungen unserer Genossen Stampfer, Pfiff, Quard zu uns. Wer ein nützlich Schaffender am Kulturprogramm der deutschen Sozialdemokratie werden will, muß sich in die jetzt erscheinenden Kommentare zum 68. Parteiprogramm vertiefen.

Paul Kampffmeyer.

Ein aller Parteioberer starb am 16. Dezember in der Person des 70jährigen Stadtrats Genossen Paul Müller. — B. Richterthal, gehörte er doch mit zu jener ehrwürdigen Kerntruppe des Sozialismus, die in der Zeit des „Sozialdemokraten“ in Zürich das Banner des Sozialismus hochhielt, wobei ihn besondere Freundschaft mit dem jetzigen Rektor der Schweizer Sozialdemokratie, Genossen Greulich, verband. In seinen Londoner Jahren verkehrte Müller vielfach im Hause von Karl Marx, so daß er wertvolle Erinnerungen vom „Rohrlichen Kreise“, von Marx, Engels, Bernstein u. a. geben konnte. Nach Deutschland zurückgekehrt, betrieb er in Baden-Baden eine angesehene Schreinerei, wurde nach dem Tode des roten Apothekers Theodor Lutz der einzige sozialdemokratische Stadtrat in Baden-Baden und gehörte nach der Revolution der Badischen Nationalversammlung und dem Landtag der ersten Badischen Republik als Mitglied an. Mit ihm sinkt ein Stück Parteigeschichte ins Grab.

Aus aller Welt.

Furchtbare Sturmflut auf Sylt.

Kiel, 21. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Durch die anhaltenden aus Südwest anströmenden mächtigen Fluten wurde die Strandmauer, die teilweise erst in diesem Jahre wieder neu erbaut wurde, auf eine Länge von etwa 250 Metern unterpült. In der Nacht vom 20. zum 21. Dezember stürzte die Mauer und die dahinter liegende Kurpromenade in einer Länge von etwa 150 Metern unter furchtbarem Getöse zusammen. Die Fluten sind bereits bis an die Fundamente der am Strande liegenden Gebäude herangetreten, so daß größeres Unglück sich nicht vermeiden läßt. Die Bevölkerung steht den Naturgewalten machtlos gegenüber. Die nördlich von Bisterland gelegene Düne ist gleichfalls von den Sturmfluten so stark mitgenommen, daß befürchtet werden muß, daß die Fluten die Insel überflutet werden.

Ein neues Fremdwort ist im Entstehen begriffen: Der Reparisimus. Die Verdeutschung soll lauten: Die Wiederherstellung.

Verantwortl. für den redakt. Teil: Hans Kiehn, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: H. Glöde, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Lindenstr. 2.

Gewinn-Auszug

19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie

1. Klasse. 1. Ziehungstag. 20. Dezember 1921.

Aus jeder gezogenen Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Kasse gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Obere Gewinne. Rückzahl bestimmt.
In der Vornachmittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen:
2 M. 10 000 Mk. 217002
3 M. 5000 Mk. 4930
4 M. 500 Mk. 9854 43404
10 M. 400 Mk. 12168 109776 206948 240618 248169
25 M. 300 Mk. 21817 73108 98119 104688 131674 184412 181400 188012
187784 204587 207105 246171 280143

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 200 Mark gezogen:
3 M. 30 000 Mk. 134024
3 M. 3000 Mk. 608
3 M. 1000 Mk. 33761
3 M. 500 Mk. 149972
8 M. 400 Mk. 41243 178045 196785 750808
22 M. 300 Mk. 4517 9063 67070 68749 131291 137263 166774 192025
202713 272700 293845

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen. Die bei den staatlichen Lotterien-Einnahmen zur unentgeltlichen Einsicht ausliegen.

Der deutsche Weinbrand

EGON BRAUN AUSLESE

Weinbrennereien Hamburg

Das praktischste Weihnachtsgeschenk!

Linoleum

als Zimmerbeleg, Läufer, Teppich und Waschtischvorlage in großer Auswahl

WACHSTUCH

vom Stück und in fertigen Decken

Abstreifen, Kissen- und Sesselmatten

in allen Qualitäten und Größen

Bohnerwachs-, Ölrinde und Linoleum-Öl stets vorrätig

Ausführung jeglicher Linoleumarbeiten.

G. Bargende Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 79

Nähe Kurfürstendamm.

Steinplatz 41/91.

Kapitän-Kautabak
Berlin, Lichterberger Str. 22 (Rönnigsdahl 1983)

Ein neues Buch für junge und alte Sozialdemokraten
ES KLINGT IM STURM EIN ALTES LIED

von JULIUS BRUHNS

herausgegeben zum 70. Geburtstag Hermann Mölkenbühns

Selbsterlebte Geschichten aus der Sturm- und Drangzeit der Partei

PREIS 14.- MARK elegant gebunden

Buchh. Vorwärts

BERLIN SW 68

Lindenstr. 2

Gold-Silber

Platin Quecksilber Brillanten

verkauft Händler und Private am besten und reellsten an die handelsgerichtliche eingetragene Firma

HEINRICH TRAPP

Edelmetall- und Juwelengroßhandlung

Beuthstr. 10 (Laden), am Spittelmarkt

Telephon: Zentrum 1876

Korb- u. Rohrmöbel
Fabrik, stets hervorrang. Neu. Gr. Ausw. Bill. Preise. Edmund Voß, 81a-Neukölln Berliner Str. 114, Nähe Hermannplatz — Tel.: Neukölln 2264 Reparatur sämtl. Korbmöbel

Möbel-Transporte

In- und Ausland

ERNST BOLDT

Berlin C 34, Untergrundbahn, Schönhauser Tor

Norden 646, 2775, 9414

Berlins größtes Spezial-Goldschmuck- und Maschinen-Transport-Geschäft

Passende Weihnachtsgeschenke

Puppenwagen, Puppensportwagen, Kindermöbel usw., Metallbettstellen, Kinderwagen, Bettfedern, Korbmöbel

Fürst, Neukölln,

Hermannstr. 35, Ecke Mahlower Straße

Fabrik für Ruhebetten, Aufgematratten und Bettstellen.

Fabrikpreise

Neue Haut

erzielt man schmerzlos, unmerklich für die Umgebung durch die echte Vater-Philipp-Schädlkur à 12 M. vom

Tutogen-Laborator, Dresden-Zschachwitz 146.

Schädl Pickel, Mitesser, Sommersprossen, Hautunreinigkeiten, ablätunmütige junge Haut zum Vorschein komm. — Erh. l. d. Elephantenapotheke, Leipzig, u. Droger, Baslanstr. 2, Fehrmarsstr. 3, Reichenberg Str. 119, Charlottenstr. 76, Pank., Privat. 6

Zu noch sehr angemessenen Preisen kaufen Sie:

Seidenschals von **32.-** an

Wollschals von **65.-** an

Rodelgarnituren (Schal und Mütze) von **135.-** an

Oberhemden, Einsatzhemden, Normalwäsche, Seidenkrawatten und Strickbinder, Leinen- und Sportwäsche

Spezial-Dauerwäsche i. best. Qual. noch sehr preiswert bei

J. Alberg Spezialhaus „Kleik-Welt“, Neukölln, Bergstr. 155

Berlin, Oranienstr. 199

Berlin, Danziger Str. 14